

## S-06

### Beschluss

des ordentlichen Landesparteitags der SPD Sachsen 27. / 28. Oktober 2018

### **LGBTI\*-Flüchtlinge schützen - "Sichere Herkunftsländer" überprüfen**

Die Situation für 'Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexuell and Queer' (LGBTI\*) ist weltweit für LGBTI\*-Personen ist weltweit sehr unterschiedlich. In einer Vielzahl von Staaten konnten in den letzten Jahren und Jahrzehnten Rechte erkämpft werden und eine teilweise bis vollständige Gleichstellung erreicht werden. Andererseits ist nicht nur ein politisch-gesellschaftlicher Rollback zu beobachten, in dessen Folge die Rechte von LGBTI\*-Personen erneut eingeschränkt werden, sondern steht beispielsweise Homosexualität in über 70 Staaten bis heute unter Strafe. Die Situation für transgeschlechtliche Menschen und Inter\*-Personen ist in vielen Ländern gravierend.

Die Verfolgung und/oder Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung wird auch in Deutschland regelmäßig als Fluchtgrund anerkannt. Für uns ist es unverständlich, warum die SPD die weitere Einstufung von Staaten als sicher fordert, obwohl die dortige Menschenrechtslage insbesondere für LGBTI\*-Personen zum Teil lebensgefährlich ist.

Um nur einige Beispiele aufzuzeigen, welche durch Amnesty International und ILGA recherchiert und dokumentiert wurden:

In Marokko und der Westsahara werden auf Grundlage von § 489 des dortigen Strafgesetzbuches einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern unter Haftstrafe gestellt.

In Tunesien werden auf Grundlage von § 230 des dortigen Strafgesetzbuches einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Personen des gleichen Geschlechts unter Strafe gestellt. Im Jahr 2017 wurden mindestens 44 Personen festgenommen und strafrechtlich verfolgt.

Auch in Libyen und Algerien sind homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt. In Libyen wurden nachweisliche Personen aus diesem Grund inhaftiert. Es drohen mehrjährige Haftstrafen.

In Mauretanien kann für homosexuelle Handlungen die Todesstrafe vollstreckt werden. Inhaftierungen sind dokumentiert und es drohen auch dort mehrjährige Haftstrafen.

Für uns sind diese Zustände nicht hinnehmbar. Wir lehnen deshalb die weitere Einstufung der Maghreb-Staaten aufgrund der dortigen Menschenrechtslage, insbesondere für LGBTI\*-Personen, entschieden ab und fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich nicht weiter dafür einzusetzen.

Trotz des Umstandes, dass es in einer Vielzahl der als sicher eingestuftem Länder unzählige, durch internationale Menschenrechtsorganisationen dokumentierte, Menschenrechtsverletzungen gibt, hält die SPD offenbar weiter an diesen pauschalen Einstufungen fest. Wir sprechen uns an dieser Stelle erneut grundsätzlich gegen das Konstrukt der „Sicheren Herkunftsstaaten“ aus und fordern dessen Abschaffung.

Abschließend fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, alle sogenannten „Sicheren Herkunftsländer“ auf ihren Umgang mit LGBTI\*-Personen zu überprüfen und sich aufgrund der erhobenen Daten für eine Neueinstufung der Länder einzusetzen.

Grundsätzlich lehnen wir die Kategorie der sicheren Herkunftsländer ab, die gesamte Einteilungsmatrix ist in Frage zu stellen. Wir stehen und setzen uns für ein Europa ohne Grenzen, nach außen und innen, ein. Bei der Änderung geht es um den Ist-Zustand, der dadurch im Sinne der Geflüchteten schnellstmöglich verändert werden muss.

### **Überweisen an**

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag